

Siegfried Schultz

TRENDS UND PROBLEME DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSPOLITIK*

Abstract

Fairly political in nature at the outset (rivalry of the two Germanys), the West German assistance programme has been redesigned several times. A number of focal points are supported to govern the regional and sectoral pattern, but the concept is overlaid by too many aspects. Substantial in volume, it is questionable whether the programme really achieved the support of the target groups. This applies particularly to fighting poverty. More recently, economic aspects have gained ground. This is true with respect to the recipient side, as well as to the donor's interest by aid tying.

Entstehungsgeschichte

In den fünfziger Jahren war die administrative Zuständigkeit für die Entwicklungshilfe zwischen dem Außen- und Wirtschaftsministerium geteilt. 1961 hat sich die deutsche Entwicklungshilfe „emanzipiert“ und wurde institutionell unabhängig. Doch es dauerte noch zwölf Jahre, bis auch der wichtige Zweig der Kapitalhilfe hinzukam. Erst seit 1973 ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit für den gesamten Bereich der Entwicklungshilfe verantwortlich.

Diese Entwicklung spiegelt auch die Akzentverschiebung innerhalb der Entwicklungshilfe wider:¹ zu Beginn war die Entwicklungspolitik Teil des Versuchs in der Außenpolitik, den Einfluß der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Dritte-Welt-Ländern zu begrenzen. Aufgrund der Konkurrenz zwischen den beiden deutschen Staaten kam es gegenüber Ländern, die den Beziehungen zur DDR wachsende Priorität beimaßen oder diese sogar anerkannten, zur Einführung sanktionsähnlicher Beschränkungen oder gar zum Abbruch der Beziehung (die sogenannte „Hallstein-Doktrin“). Der begrenzte Erfolg dieser Maxime und die immer größer werdende Kluft zwischen der ökonomischen Entwicklung in den Industrie- und Entwicklungsländern — wie auch innerhalb der Länder der Dritten Welt selbst — waren die Ursache für die Anfang der siebziger Jahre erfolgte Neuformulierung der Grundsätze der deutschen Entwicklungspolitik. Daraus resultierte die Förderung des damals für möglich gehaltenen raschen Abbaus des Wohlstandsgefälles zwischen den Industrieländern des „Nordens“ und dem vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichteten Armengürtel des „Südens“. Dazu kam die Absicht, all jene ökonomischen und sozialen Strukturen zu überwinden, die einer schnellen Entwicklung im Wege stan-

* Überarbeitete Fassung von „Trends and Issues of German Aid Policy“, in: Konjunkturpolitik, 35. Jg., Heft 6, S. 361 — 382.

den, da man sich im Laufe der Jahre zunehmend bewußt geworden war, daß die rigiden sozialen Strukturen und die ökonomische Rückständigkeit in den Entwicklungsländern für viele Spannungen und einige vermeidbare Krisen in der Welt verantwortlich sind.

Das entwicklungspolitische Programm

Die Art der Neuorientierung der westdeutschen entwicklungspolitischen Strategie wurde in der 1971 und 1973 vorgelegten „Konzeption“ erläutert.² Die Schwerpunkte dieses Programms bildeten

- die Verbesserung der finanziellen Bedingungen für Hilfsmaßnahmen (leichterer Zugang zu Krediten, mehr technische Hilfe in Form von Zuwendungen),
- Minimierung der Lieferbindung (dank ihrer starken Konkurrenzfähigkeit erhielten die deutschen Firmen dennoch viele Aufträge),
- Aufwertung der multilateralen Mittelvergabe über internationale Organisationen (auch hier gab es eine hohe Rückflußrate nach Westdeutschland) und
- langfristige Zusammenarbeit mit einer Reihe von Ländern auf der Basis einer umfassenden Länderprogrammierung.

Der erste Ölpreisschock im Herbst 1973 hatte spürbare Konsequenzen für die Entwicklungspolitik. Eine größere Aufmerksamkeit hinsichtlich der Abhängigkeit von Rohstoffen, die Verlangsamung des ökonomischen Wachstums, und — als Resultat — eine in der Nachkriegsära bislang unbekannte Arbeitslosenquote, all das führte dazu, daß der ökonomische Eigennutz in den Vordergrund gestellt wurde. Aspekte der gegenseitigen Abhängigkeit erlangten eine größere Bedeutung als bisher: die Unterstützung der Länder der Dritten Welt erhöht das Absatzpotential für deutsche Industrieprodukte; im Gegensatz dazu bedeutet die internationale Arbeitsteilung gemäß einer weiteren Konzeption aus dem Jahre 1975,³ daß technisch einfachere Produktionsprozesse an Entwicklungsländer abgegeben werden können. Außerdem wurde die Haltung der Bundesregierung gegenüber dem „Common Fund“ hinsichtlich des Ausgleichs extremer Preisschwankungen, wie von den Vereinten Nationen diskutiert, trotz starker Opposition vom Wirtschaftsministerium etwas offener. Diese Bereitschaft war gestiegen, als die begrenzte Lösung der Stabilisierung der Exporterlöse im Rahmen der Süd-Politik der EG den Forderungen, die bei den internationalen Verhandlungen von einer Reihe von Anbietern kollektiv erhoben wurden, nicht mehr wirksam entgegengehalten werden konnte. Schließlich gewann auch die Überzeugung Raum, daß materieller Wohlstand und sozialer Fortschritt in der Dritten Welt für die Sicherheitspolitik von größerem Vorteil sind als der Waffenhandel mit seinen nicht absehbaren Konsequenzen.

Doch nur innerhalb weniger Jahre geriet der handelspolitische Aspekt dieser Strategie — das kontinuierliche Exportangebot, aber auch die Öffnung des heimischen Marktes für die Produkte aus Entwicklungsländern, die wirklich etwas anzubieten hatten — zunehmend innenpolitisch unter Druck. Die Entwicklungspolitik sah sich sogar mit dem Vorwurf konfrontiert, durch die Förderung der Ausbildung und die Verbreitung technischen know-hows bei gleichzeitiger Lieferung von Investitionsgütern zum Aufbau der Exportindustrien in Übersee beizutragen und damit Arbeitsplätze in Westdeutschland zu gefährden.

Hilfe durch Handel?

Wenn man sich die Verbindung von Entwicklungshilfe einerseits und Handelspolitik andererseits („aid by trade“) zu eigen macht, dann müßte der Weg, den die Entwicklungspolitik eingeschlagen hat, auf zwei Kernfragen hin überprüft werden. Erstens ist die Idee, die Divergenz der Einkommens- und Wohlfahrtsentwicklung zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern könne beseitigt und damit vergessen werden, unrealistisch. Natürlich haben die OPEC-Länder von dem massiven Wachstum ihrer Deviseneinkommen profitiert, und einige dieser Länder haben auch anspruchsvolle Entwicklungsprogramme eingeführt. Außerdem haben Länder wie Singapur, Taiwan und Korea, aber auch Mexiko und Brasilien, in ihren Ballungszentren einen gewissen Industrialisierungsgrad erreicht und konnten sich auf dem Weltmarkt halten, weshalb man sie mit einiger Berechtigung nicht mehr zur Gruppe der Entwicklungsländer, die unbestreitbar Anspruch auf Hilfe haben, zählen kann. Auf der anderen Seite sind die im internationalen Vergleich ärmsten Länder noch ärmer geworden. Diese Entwicklung ist teilweise auf die extrem ungünstige Verteilung der Ressourcen sowie auf klimatische Nachteile und teilweise auf eine zu schnelle Modernisierung und schlechtes Management zurückzuführen, aber sie wurde auch durch die außergewöhnliche Belastung der in die Höhe schnellenden Energiepreise beschleunigt.

Zweitens hat sich die Hoffnung auf eine Liberalisierung der Importe der Industrieländer mittlerweile ins Gegenteil verkehrt; dieser Bereich ist heute zunehmend von Protektionismus beherrscht. Die potentiellen Exporteure in den Entwicklungsländern — entweder von Industriegütern oder landwirtschaftlichen Produkten — sind davon umso stärker betroffen, je mehr sie sich auf exportorientierte Strategien eingelassen haben und je größer ihre Abhängigkeit von Exporten in Hartwährungsländer zur Finanzierung der unentbehrlichen Importe ist. Die Bundesrepublik ist hier in einer relativ guten Lage. Ihre liberale Haltung kommt in einer vergleichsweise aufgeschlossenen und weltoffenen Politik zum Ausdruck. Doch gleichzeitig werden die weiterreichenden Wünsche für die Öffnung des deutschen Marktes unter Hinweis auf die handelspolitische Zuständigkeit der EG zurückgewiesen, deren Haltung stark von der mehr restriktiven Linie beeinflusst ist, die Frankreich und andere Mitgliedstaaten vertreten.

Reaktionen auf die Empfehlungen unabhängiger Experten

Unter den verschiedenen von Expertengruppen gelieferten politischen Empfehlungen stellte der Bericht der Brandt-Kommission den wichtigsten Beitrag dar. Wie auch in anderen Ländern haben das Parlament und die Entwicklungshilfe-Verwaltung auf den Bericht reagiert. Die damalige Bundesregierung stimmte mit der ausführlichen Analyse des Berichts überein, demzufolge der notwendige Ausgleich zwischen Nord und Süd nicht nur auf den Bereich der Wirtschaft beschränkt werden sollte. Zu den angeschnittenen Problemen zählen unter anderem das Bevölkerungswachstum, der Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten, der Zusammenbruch des ökologischen Gleichgewichts, die Verschwendung der Ressourcen und der Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung.

Die modifizierten Zielsetzungen wurden in der Kabinettsklärung vom 9. Juli 1980 zusammengefaßt und tragen seither den Titel „Entwicklungspolitische Grundlinien“.

Die Änderungen bestanden im wesentlichen aus folgenden Punkten:

- Priorität der Bekämpfung der extremen Armut, was bis heute eine Zielsetzung geblieben ist, sowie Unterstützung bei der
- Förderung der ländlichen Entwicklung (insbesondere um die Nahrungsmittelbeschaffung zu garantieren);
- der Nutzung konventioneller und unerschöpfbarer Energiequellen und
- dem Schutz der natürlichen Ressourcen.

Maßnahmen, die darauf abzielen, jedem einzelnen nach dem Grundbedürfniskonzept einen Mindestversorgungsstandard zu sichern, können nicht direkt den einzelnen Wirtschaftssektoren zugeschrieben werden. Dieses Konzept zielte auf die Abdeckung der Grundbedürfnisse an Wasser und Nahrung, medizinischer Versorgung, sanitären Einrichtungen, sowie Wohnen und Kleidung. Abgesehen von humanitären Überlegungen liegt dem auch die Überzeugung zugrunde, daß ohne eine Befriedigung der Grundbedürfnisse von einem größeren Leistungspotential oder höherer Arbeitsproduktivität nicht die Rede sein kann. Nicht zuletzt schafft diese Strategie schließlich bessere Voraussetzungen, die Fähigkeit zur Selbsthilfe zu steigern.

Obwohl jede Bundesregierung versichert hat, daß sie einen Großteil der im Bericht enthaltenen Empfehlungen unterstützt und viele der Forderungen als Ermutigung betrachtet, ihre Politik fortzusetzen, gibt es im Bericht der Brandt-Kommission einige zentrale Ideen, die noch von keiner Regierung aufgegriffen wurden. Eine davon ist die 'Automatisierung' eines Teiles der Entwicklungshilfe durch die Besteuerung des Außenhandels, des Exports bzw. der Ausgaben für Waffen oder der aus der Ausnutzung des Meeresbodens stammenden Gewinne. Dasselbe trifft auf den Vorschlag einer stärkeren Vertretung der Entwicklungsländer in den zu reformierenden Entscheidungsgremien der internationalen Finanz- und Währungspolitik, wie zum Beispiel des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, zu. In dieser Hinsicht teilt die Bundesregierung die Haltung der meisten anderen westlichen Industrieländer, die — wie viele internationale Konferenzen gezeigt haben — Entwicklungsländern eine liberale Wirtschaftsform nach dem Vorbild ihrer eigenen Ökonomen vorschlagen. Ein anderes im Bericht genanntes, ebenfalls weitgehend ignoriertes Problem ist die Forderung nach massiver Erhöhung des Ressourcentransfers aus den reichen in die armen Länder. Die Bundesrepublik gehört jedoch zur Gruppe jener geldgebenden Länder, die über viele Jahre nicht nur eines der größten Entwicklungshilfeprogramme unterhält, sondern auch in beträchtlichem Umfang private Mittel aufgebracht hat.

Nachdem die sozial-liberale Bonner Koalition eine Reihe von Konzeptionspapieren herausgebracht hatte, trat die Koalition aus Christdemokraten und Liberalen Anfang 1986 mit neuen Richtlinien an die Öffentlichkeit.⁴ Man war der Ansicht, daß die drastische Verschuldung zahlreicher Entwicklungsländer, die permanente Wirtschaftskrise in Afrika und die zunehmende internationale Ernüchterung, die dem weltweiten Versuch einer Bekämpfung der Unterentwicklung folgte, neue Maßnahmen fordere.

Die Hauptmerkmale der „Umorientierung“ waren:

- die Entwicklung kann nur durch die Mobilisierung der „kreativen Kräfte der Menschen in den betreffenden Ländern“ erfolgen;

- der notwendige Rahmen für „Hilfe zur Selbsthilfe“ muß von den Entwicklungsländern selbst geschaffen werden;
- ohne formal die Prinzipien der freien Marktwirtschaft aufzwingen zu wollen, sollte den Ländern mit Marktorientierung und einem offenen Gesellschaftssystem die Priorität gegeben werden;
- sofern zur Sicherung oder Etablierung von Projekten Lieferungen aus Industrieländern notwendig sind, sollten westdeutsche Lieferanten bevorzugt werden.

Wie bisher sollte das Gros der westdeutschen Hilfe den ärmsten Ländern und den untersten Einkommensgruppen zugute kommen. Der Schwerpunkt sollte dabei (insbesondere in Afrika) auf die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung, Förderung der ländlichen Entwicklung, auf den Umweltschutz und auf die Förderung schulischer und beruflicher Ausbildung gelegt werden. Die notwendige Steigerung der Effektivität der Hilfe sollte durch die verbesserte Koordination mit anderen Gebern sowie durch mehr Kontrolle und Evaluierung erreicht werden.

Was das Problem der drastischen Auslandsverschuldung betrifft, sollten die größten Anstrengungen — so heißt es — von den Schuldnerländern kommen. Die Schlüsselrolle für die Überwindung der akuten Probleme sollte dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zukommen. Aufgabe der Industrieländer sei die Erhaltung eines dauerhaften inflationsfreien Wirtschaftswachstums und die Öffnung ihrer Märkte für die Produkte aus den Ländern der Dritten Welt.

Erst in jüngerer Zeit⁵ kamen neue Aspekte dazu bzw. wurden die bereits bestehenden geändert. Diese Änderungen beziehen sich insbesondere auf folgende Punkte:

- Schulische und berufliche Ausbildung, die von ungeeigneten Modellen und Lehrplänen befreit werden sollte;
- die Rolle der Frauen im Entwicklungsprozeß sollte stärker Berücksichtigung finden;
- der Unterstützung der strukturellen Anpassung sollte mehr Gewicht zukommen.

Zu den Empfehlungen der Expertengruppe unter der Leitung von Helmut Schmidt⁶ gab es keine erkennbare Reaktion.

Förderung der Strukturanpassung

„Strukturhilfe“ wurde als neue Maßnahme 1987 eingeführt. Im darauffolgenden Jahr wurden auch die Rückzahlungen der früheren, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gewährten Darlehen, zum ersten Mal für Allgemeine Warenhilfe und Strukturhilfe verwendet. Aus der Perspektive des Gebers kann man mit diesem Instrument zwei Ziele gleichzeitig verfolgen: erstens gibt es weniger „pipeline“-Probleme, wenn die Gelder schneller transferiert werden können und dadurch den politischen Prozeß der Mittelbereitstellung nicht belasten; zweitens kann die Schaffung der sozio-politischen Voraussetzungen in den Empfängerländern — bislang eine Frage des „politischen Dialogs“ — wirksamer im Rahmen der gemeinsam mit der Weltbank finanzierten Strukturanpassung erfolgen. Mit anderen Worten, Strukturhilfe ist Zahlungsbilanzhilfe mit Auflagen.

Die Hauptelemente des Strukturanpassungsprogramms,⁷ das heißt:

- die Entlastung der öffentlichen Haushalte durch einen Abbau von Beschäftigten und von Subventionen sowie durch Steigerung der öffentlichen Einnahmen;
- die Reduzierung des staatlichen Sektors durch Privatisierung oder Schließung öffentlicher Unternehmen;
- die Änderung des Preissystems zugunsten der landwirtschaftlichen Produzenten;
- die Verbesserung des Geld- und Kreditwesens, nicht zuletzt durch Privatisierung der relevanten Institutionen;
- die Schaffung von mehr Anreizen zugunsten der Produktionssektoren, insbesondere im Exportbereich;
- die Liberalisierung des Außenhandelssystems, das heißt die Reduzierung sowohl von Zöllen als auch quantitativer und anderer nicht-tarifärer Handelshemmnisse sind auch im deutschen Teil der Vereinbarung über die Mitfinanzierung enthalten.

Von Anfang an unterschied sich der deutsche Ansatz von dem der Weltbank bezüglich der Anpassung im Makrobereich und in den einzelnen Wirtschaftssektoren, indem auch die sozialen Auswirkungen solcher Programme berücksichtigt wurden — mit der Möglichkeit, gegebenenfalls ergänzende Maßnahmen zu ergreifen.

Bis Ende 1988 leistete die Kreditanstalt für Wiederaufbau in fünf afrikanischen Ländern (Ghana, Malawi, Niger, Togo, Tunesien) Strukturhilfe in der Höhe von ca. 100 Millionen DM. Für acht bis zehn weitere Länder wurden Programme mit einem Gesamtwert von ca. 200 Millionen DM vorbereitet. All diese Programme sind durch Maßnahmen charakterisiert, die auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die ökonomische Aktivität im Privatsektor abzielen. Das heißt:

- Verringerung von Preisverzerrungen durch Liberalisierung der Preise in Verbindung mit dem Abbau von Subventionen;
- Verbesserungen im Management des öffentlichen Sektors (Rehabilitierung von Unternehmen, Qualifizierung des Personals, Reorganisation der Lohnskalen).

Im allgemeinen sind diese Programme für vier bis sechs Jahre angelegt — eine Zeitspanne, die mit Recht als zu kurz angesehen wird, vor allem um die institutionellen Reformen in Ländern Schwarzafrikas durchzuführen.⁸

Das Ausmaß der Hilfe

Die öffentliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik ist erheblich. Im internationalen Vergleich rangiert Deutschland an vierter Stelle hinter Japan, den Vereinigten Staaten und Frankreich. Wie im Entwicklungshilfeausschuß der OECD („DAC“) vereinbart, enthält sie weder „andere öffentliche Leistungen“ (zu Marktbedingungen) noch Privathilfe oder Kapital aus der Privatwirtschaft (Direktinvestitionen, andere Kapitaltransaktionen und öffentlich garantierte Exportkredite).

Innerhalb der eigentlichen Entwicklungshilfe ist das Verhältnis zwischen bilateraler und multilateraler Hilfe ziemlich stabil. Im großen und ganzen machen die bilateralen Auszahlungen ungefähr dreimal so viel aus wie die über internationale Kanäle fließenden Mittel. Zwischen 1970 und 1980 stieg der Anteil der Zuwendungen an der gesamten bilateralen Hilfe von 40 auf nahezu 63%, wobei in den achtziger Jahren der Durchschnitt bei ungefähr 58% lag.

Im Nord-Süd-Dialog beherrschen zwei Prozentsätze die Diskussion über die Entwicklungshilfe der Industrieländer. Die Bundesregierung hat die international vereinbarten Zielsetzungen bezüglich des Gesamtumfangs der Hilfe, wie sie von den Vereinten Nationen beschlossen wurden, im Prinzip immer akzeptiert. In den siebziger Jahren war es das Ziel, daß der Umfang der Hilfe mindestens 0,7% des BSP und der Umfang aller Transfers an die Entwicklungsländer (Hilfe plus private Kapitalflüsse) zusammen mindestens 1% des BSP entsprechen sollte. Dieses Ziel wurde für das Dritte-Entwicklungsjahrzehnt abgeändert: Spätestens in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sollte der Umfang der Hilfe in jedem Geberland 0,7% des BSP ausmachen und sobald wie möglich auf 1% steigen. Diese Zielsetzung wurde in der Bundesrepublik nie ernsthaft diskutiert.

Beide Prozentsätze betreffen den Nettotransfer, das heißt die Menge des „fresh money“, das nach Abzug der Rückzahlungen zur Verfügung steht. Die Bundesrepublik hat das Ziel von 0,7% bisher noch nie erreicht; der höchste Wert belief sich auf 0,48% (1982 und 1983). Die Bundesrepublik bleibt weit hinter den Spitzenreitern der Entwicklungshilfe zurück (Skandinavien ohne Finnland, aber einschließlich der Niederlande), liegt aber noch immer deutlich über dem DAC-Durchschnitt. In letzter Zeit kam es zu einem Rückgang auf 0,39% (1987/1988), bevor sich der Wert 1989 auf 0,41% erholte (bei einem DAC-Durchschnitt von 0,33% zum gleichen Zeitpunkt).

Es sei unterstellt, daß die Bundesregierung in der Vergangenheit ernsthaft versucht hat, das Ziel von 0,7% zu erreichen. Aber es gab dafür nie einen definitiven Zeitplan. Innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung kam es jedoch zu wiederholten Anstrengungen, über die Einrichtung von Budgetreserven diesem Ziel näher zu kommen. Als Grundsatz galt, daß das Entwicklungshilfebudget schneller wachsen sollte als die gesamten öffentlichen Ausgaben. 1988 konnte dies nur erreicht werden, indem auch die Rückzahlungen früherer Darlehen zur Gewährung neuer Entwicklungshilfe verwendet wurden. Der Umfang dieser wiederverwerteten Rückflüsse stieg von anfänglich 100 Millionen DM auf 120 Millionen DM im Jahre 1989 und soll vorerst bis auf 200 Millionen steigen.

Unter den bestehenden politischen Verhältnissen gibt es kaum Aussicht auf eine wesentliche Verbesserung des Entwicklungshilfebudgets. Dies könnte man als eine offizielle Ablehnung der quantitativen Zielsetzung interpretieren. Aber zum einen ist im Falle einer offiziellen Ablehnung mit einer öffentlichen Debatte zu rechnen, die angesichts der gegenwärtigen Situation (Konzentration auf den Europäischen Binnenmarkt, Fremdenfeindlichkeit) den Interessen der Dritten Welt entgegengesetzt wäre; auf der anderen Seite gäbe es für die Leistungen der Entwicklungshilfe keinen Maßstab mehr.

Sektorale Verteilung und das Verhältnis von Projekt- und Programmhilfe

Die Praxis der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern war in den vergangenen Jahren durch die Bemühungen charakterisiert, die Hilfe auf bestimmte Sektoren zu konzentrieren. Dies ist ein mühsamer Prozeß, weil er nur gemeinsam mit dem betreffenden Partnerland durchgeführt werden kann. Die beiden Seiten haben in ihrer

Politik nicht immer die gleichen Prioritäten. Es kommt daher nicht nur darauf an, gute Projekte zu finden und die Planungskapazität auszubauen, sondern auch langfristige Vereinbarungen über die Bereiche der Zusammenarbeit zu erzielen.

Der Großteil der sektoralen Schwerpunkte in der Zusammenarbeit — die für Kapital- und Technische Hilfe differieren — wich in den letzten Jahren nicht sehr vom langfristigen Durchschnitt ab. In den achtziger Jahren gab es keine dramatischen Veränderungen. Vielmehr gibt es eine ziemlich stabile Aufteilung nach Sektoren, wobei der Schwerpunkt bei öffentlichen Einrichtungen (er macht zwischen 28% und 48% aus), gefolgt von Ausbildung, liegt. Beide Bereiche decken ca. die Hälfte der gesamten jährlichen öffentlichen Hilfe ab. Ihnen folgen Landwirtschaft und Industrie, die zusammen weitere 20% ausmachen.

Bei der Verteilung nach Sektoren muß man jedoch beachten, daß einige der neuerdings favorisierten Aktivitäten sich nicht in klassische Sektoren einordnen lassen; hier läßt sich mit der gegenwärtigen Berichterstattung kein angemessenes Bild zeichnen, da diese Methode noch nicht entsprechend angepaßt wurde. Beispiele sind das Grundbedürfnis-Konzept und die Förderung der ländlichen Entwicklung. Wenn etwa große Teile der physischen Infrastruktur und eine Reihe von Mehrzweckprojekten letztlich der Landwirtschaft zugute kommen, dann steigt dementsprechend auch die Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors.

Der Hauptteil der Entwicklungshilfe ist projektgebunden und das bedeutet, daß die Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und ihren Partnerländern detaillierte Angaben darüber enthalten, in welche Projekte die Geldmittel fließen. 1980 machte die Projekthilfe etwa zwei Drittel aller bilateralen Aktivitäten aus; zuletzt waren es 60%. In den letzten Jahren war unter den wichtigsten Geberländern eine Diskussion im Gange, die dazu geführt hat, daß die Projektbindung nicht mehr in dem früher üblichen Umfang aufrechterhalten wird. Diese Diskussion wurde durch die beträchtlichen Beträge der zugesagten, aber nicht ausgezahlten Gelder ausgelöst („pipeline“-Problem). Bei der parlamentarischen Budgeterstellung stellt eine solche Konstellation ein Hindernis für die Erhöhung der für die Auslandshilfe bestimmten Mittel dar. Der unzureichende Mittelabfluß erklärt sich aus der beschränkten Aufnahmekapazität der Entwicklungsländer für ausländisches Kapital — eine Situation, die freilich nicht unabhängig von den Regeln des Gebers bezüglich der Verwendung der Gelder oder seiner Methoden der Evaluierung ist. Durch eine liberalisierte Verwendung der Geldmittel kann die Auszahlung der zugesagten Beträge beschleunigt und generell der Ressourcentransfer erhöht werden. Aus diesem Grunde wird die „Programmhilfe“ (Warenhilfe für wichtige Rohstoffimporte, Ersatzteile oder Maschinen, Nahrungsmittelhilfe, Zahlungsbilanz- und Budgethilfe, Umschuldung und Schuldenerlaß) intensiver eingesetzt. Trotzdem sollte die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß bei Engpässen im Budget das Parlament und der Rechnungshof eine stärkere Projektbindung und eine genauere Kontrolle verlangen.

Regionale Struktur und Verteilung unter den Ländergruppen

In den Beziehungen mit den Entwicklungsländern stellt die Entwicklungspolitik eine wichtige Komponente dar. Das beeinflusste von Beginn an die geographische

Verteilung und führte bald zur Ausrichtung der öffentlichen Entwicklungshilfe im weltweiten Maßstab. Die breite Streuung der deutschen Entwicklungshilfe wurde gelegentlich kritisiert („Gießkannenprinzip“). Die Bundesregierung betrachtet diese Kritik als nicht berechtigt. Der weltweite Charakter der Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe kann damit erklärt werden, daß Deutschland — aus historischen oder politischen Gründen — keine bestimmten Regionen bevorzugt und wirtschaftlich mit vielen Entwicklungsländern eng verflochten ist, und daß nahezu alle Länder der Dritten Welt externe Hilfe benötigen. Es ist eine Tatsache, daß die regionale Struktur durch eine große Anzahl von Empfängerländern gekennzeichnet ist. Die Bundesrepublik arbeitete im Rahmen der bilateralen Entwicklungskooperation zuletzt mit gut 150 Ländern der Dritten Welt zusammen.

Die politischen Kriterien für die Verteilung der Geldmittel sind den Stellungnahmen des zuständigen Ministeriums zufolge die allgemeine ökonomische und soziale Lage, das Außenhandelspotential, die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer, die Absorptionskapazität für ausländisches Kapital und die Bevölkerungsgröße. Offenbar werden zusätzlich auch andere politische Aspekte in Betracht gezogen. Wichtige Beispiele sind solche überproportionalen Hilfeleistungen, denen nicht nur die oben genannten Kriterien zugrunde liegen, wie etwa die Hilfe für die Türkei und Länder im Nahen Osten sowie für die Grenzstaaten im südlichen Afrika.

Bisher konzentriert sich die regionale Verteilung auf Länder im Armengürtel Afrikas und Asiens. Nach einem Rückgang in den frühen achtziger Jahren hat sich der Anteil Afrikas auf etwas über 40% der Auszahlungen eingependelt. Der Großteil der Afrikahilfe geht in die Regionen südlich der Sahara. Der Anteil für Asien ist in der letzten Zeit etwas zurückgegangen. Nachdem er 1983 und 1985 fast 40% ausgemacht hatte, sank er 1987 auf unter 30% und verbesserte sich danach etwas. Infolge der Intensivierung der Zusammenarbeit mit China wird dieser Anteil in Zukunft wahrscheinlich steigen. Auf der Ebene einzelner Staaten konzentriert sich die Entwicklungshilfe besonders auf die Türkei, Indien, Indonesien, Ägypten und Israel. In den letzten Jahren wurden neue entwicklungspolitische Instrumente entwickelt, die die wachsenden Unterschiede unter den Entwicklungsländern berücksichtigen sollen. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf die Entwicklungspolitik gegenüber armen Entwicklungsländern (Ausweitung) und NICs (Kürzung) gerichtet. Hier handelt es sich um Ansatzpunkte für eine Verschiebung der politischen Akzente, während sich die restliche Gruppe der „Länder der mittleren Kategorie“ für die Anwendung spezieller Politikinstrumente nicht eignet.

Innerhalb der Gruppe der armen Länder ist die Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder (LLDCs) von besonderer Bedeutung. Seit Mitte der siebziger Jahre konnten die LLDCs ihren Anteil an der gesamten von der Bundesrepublik geleisteten Hilfe weiter erhöhen. Die Bundesrepublik war 1980 für die ärmsten Länder das wichtigste Geberland. Inzwischen hat sich dieses Bild wesentlich geändert, da Westdeutschland in den letzten Jahren an dritter oder vierter Stelle rangiert (hinter Japan, den Vereinigten Staaten, Italien, beziehungsweise Frankreich).⁹ Diese Konzentration der Geldmittel ist von den äußerst weichen Bedingungen für LLDCs flankiert; abgesehen von Schuldenerlaß wurde jede Hilfe, die sie seit 1978 bekamen, in Form von Zuschüssen gewährt. Seit 1989 wurden die IDA-Konditionen (0,75% Zinsen, 40 Jahre Laufzeit und ein zehnjähriger Aufschub vor der ersten Rückzahlung)

auf die Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 940 US-Dollar (1987) und auf die von der internationalen Preissteigerung am stärksten betroffenen Länder angewendet. Im Afrika südlich der Sahara erhalten bis auf zwei Ausnahmen (Gabun und Mauritius) alle Länder Zuschüsse oder kommen in den Genuß der IDA-Konditionen. Für alle anderen Länder gelten folgende Kreditkonditionen: 2% Zinsen, 30 Jahre Laufzeit einschließlich 10 Jahre Aufschub. Die industriell fortgeschrittenen Länder wie Südkorea wurden zu Recht vom Programm der öffentlichen Hilfe gestrichen. Man könnte den NICs viel effektiver helfen, indem man ihnen den Zugang zu den Exportmärkten erleichtert. Die nachhaltigste Form der Unterstützung dieser Länder bestünde im ständigen strukturellen Wandel in den Industrieländern, so auch in der Bundesrepublik.

Bilaterale versus multilaterale Vergabe

Wie bereits festgestellt, fließt der bei weitem größte Teil der öffentlichen Hilfe direkt vom Geber- zum Empfängerland. In den achtziger Jahren betrug dieser Anteil konstant mehr als zwei Drittel der öffentlichen Gelder. Der Anteil der deutschen bilateralen Hilfe liegt damit etwas unter dem Durchschnitt in der Gruppe der westlichen Geberländer.

Das Verhältnis zwischen der bilateralen und multilateralen Vergabe der Geldmittel ist nicht unumstritten. Die internationalen Organisationen, allen voran die Vereinten Nationen und die Weltbank, wollen natürlich, daß mehr Mittel durch sie vergeben werden. Die wichtigsten Argumente für und gegen die multilaterale Vergabe der Hilfe kann man folgendermaßen zusammenfassen:¹⁰

Für die multilaterale Kanalisierung der Geldmittel sprechen:

- eine striktere Anwendung von entwicklungspolitischen Kriterien bei der Verteilung der Mittel;
- ein höherer Realwert für die Empfänger, da praktisch kein Preissteigerungseffekt wie bei gebundener Hilfe entsteht;
- den Interessen der jeweiligen Außenpolitik des Gebers und der Tendenz zu Prestigeprojekten kann einfacher entgegengewirkt werden;
- größere Mitbestimmungsrechte bei der Entscheidungsfindung der internationalen Organe;
- Einsparungen bei den Verwaltungskosten der kleineren Geberländer.

Gegen die multilaterale Verteilung der Hilfe sprechen:

- mangelnde Effizienz aufgrund höherer Kosten der aufgeblähten administrativen Apparate und längerer Entscheidungsprozesse;
- geringe Möglichkeit der Kontrolle internationaler Organisationen;
- eingeschränkte Möglichkeit der Darstellung der Leistungen gegenüber der Öffentlichkeit des Geberlandes — was sich auf die Bereitschaft des Parlaments auswirkt, weitere Gelder flüssig zu machen.

Die Liste der „Pros“ ist länger. Jedoch wird dieser Umstand kaum Anlaß zu einer spürbaren Steigerung des multilateralen Anteils der Hilfe der Geberländer sein, da die angeführten Vorteile für die multilaterale Verteilung der Gelder eher den Empfängern zugute kommen.

Darüber hinaus neigen in Zeiten wirtschaftlicher Flaute oder nur mäßiger Expansion Geber dazu, stärker ihre eigenen Interessen zu verfolgen, zum Beispiel in Form engerer Bindung der Entwicklungshilfe an eigene Exporte. Diese Tendenz ist in einigen anderen westlichen Industrieländern gegenwärtig besonders ausgeprägt. In dieser Hinsicht besteht in der Bundesrepublik keine ernsthafte Gefahr. Dank der relativ großen internationalen Konkurrenzfähigkeit der Industrie ist die öffentliche Entwicklungshilfe (mit einigen Ausnahmen wie etwa dem Schiffbau und in einigen Fällen auch bei Lokomotiven sowie in der Atomenergieindustrie) ziemlich frei von formalen Verpflichtungen, Waren vom Geberland zu kaufen. Daher hat der Anteil der ungebundenen Mittel der deutschen Entwicklungshilfe jahrelang den DAC-Durchschnitt überschritten.¹¹ Auch mit der Einführung des neuen Berichtssystems im Jahre 1987 scheint der Anteil der ungebundenen Hilfe (der gesamten öffentlichen Hilfe) über dem Durchschnitt der erfaßten Länder zu liegen. Man sollte hier jedoch hinzufügen, daß mit dem Zuwachs der Mischfinanzierung, das heißt der Verbindung von Hilfe mit Darlehen zu kommerziellen Bedingungen, die Bedeutung der gebundenen Fonds de facto gestiegen ist. Gleichzeitig kamen neue Formen der informellen Bindung zur Blüte.

Die Rolle nichtstaatlicher Organisationen

Ein Teil der Zahlungen fließt nicht über Regierungsstellen, sondern mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen (NROs). Ungefähr 7 bis 8% des gesamten Hilfebudgets werden gegenwärtig durch NROs verwaltet; der Umfang der von diesen Organisationen selbst aufgebracht Mittel beträgt ungefähr das Doppelte des Betrages, den sie von der Regierung erhalten. Die NRO-Hilfe ist folglich ein wesentlicher Bestandteil der gesamten deutschen Hilfeaktivitäten. Es gibt eine Vielzahl unterschiedlichster NROs, die in der einen oder anderen Form an Hilfeaktivitäten beteiligt sind. Die zweifellos wichtigsten sind die Initiativen der katholischen und evangelischen Kirchen und — als deutsche Spezialität — die politischen Stiftungen. In bestimmten sensiblen Fällen, wo es vor allem aus politischen Gründen nicht wünschenswert erscheint, ein offizielles Hilfeprogramm auf Regierungsebene durchzuführen, werden die Hilfgelder bewußt durch NROs geleitet, um wenigstens in einem gewissen Umfang Hilfe zu gewähren. Dies war dort der Fall, wo es keine diplomatischen Beziehungen gab (Namibia), oder wo als Ausdruck politischer Mißbilligung die Regierungsaktivitäten verringert wurden (Chile, Nicaragua) oder noch nicht voll entfaltet waren (Vietnam). Ähnliches gilt auch für die besonderen Verhältnisse in Südafrika, wo die Hilfe von außen für die schwarze Bevölkerung sehr wohl notwendig ist, aber nicht auf Regierungsebene erfolgen kann.

Unter den meisten deutschen Entwicklungshilfeexperten besteht ein ziemlich breiter Konsens, daß die NROs bei der Vergabe der Hilfe über die Unterstützung auf Regierungsebene hinaus eine nützliche Rolle spielen und sich besonders für die Durchführung einer an den Grundbedürfnissen orientierenden Entwicklungsstrategie eignen, die aus einer Reihe von immanenten Gründen viel schwieriger durch Regierungsorganisationen zu bewerkstelligen ist. Daher ist die öffentliche Unterstützung der NRO-Hilfeaktivitäten politisch unumstritten, und es ist anzunehmen, daß dies auch in Zukunft der Fall sein wird.

Die Auswirkungen der Strukturhilfe und der sektorbezogenen Programme

Zur Zeit stellt die Projekthilfe weiterhin die wichtigste Form der finanziellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den Ländern der Dritten Welt dar. Für die meisten Länder wird dies auch in Zukunft gelten. Angesichts der spezifischen Probleme einer Reihe von Ländern werden die neuen Formen der Hilfe als notwendige Verbesserungen angesehen, die die bisher existierenden Instrumente ergänzen. Auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen und eines voraussichtlich steigenden Hilfeumfangs können folgende Schlüsse gezogen werden:¹²

Eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg ist ein realistisches makro- und mikroökonomisches Konzept, das von der Regierung des Empfängerlandes unterstützt werden muß. Eine unverändert hohe Schuldenlast kann jedes bedeutende Reformprogramm in hochverschuldeten Ländern gefährden. Um Frustrationen oder ständige Korrekturen zu vermeiden, sollten die beabsichtigten Reformschritte nicht allzusehr darauf bauen, daß das jeweilige Land fähig ist, eigene Programme durchzuführen. Somit kann vermieden werden, daß sich das Land an aufeinander folgende Programme gewöhnt, die alle nicht den erwarteten Erfolg mit sich gebracht haben. Es lohnt sich, die Strukturhilfe auf klar definierte (Sub-)Sektoren zu konzentrieren.

Sektorbezogene Programme und Strukturhilfe lassen die Einführung oder den Ausbau der Inlandskostenfinanzierung, unter anderem für die laufende Unterhaltung von Anlagen, wünschenswert erscheinen. In diesem Rahmen können auch kleine und mittelgroße private Unternehmen im Partnerland gefördert werden.

Trotz der Dringlichkeit der ökonomischen Reformen darf die soziale und ökologische Dimension der mit dem jeweiligen Land vereinbarten Maßnahmen nicht an Priorität verlieren. Im Gegenteil: Bei der Planung und Durchführung der Programme sollte noch stärker sowohl die Verringerung der Armut als auch der Schutz der natürlichen Ressourcen und der Umwelt berücksichtigt werden.

Die Absicht, wirksame Reformen in armen Ländern mit schwachen institutionellen Strukturen durchzuführen, kann nicht allein durch die Zahlungsbilanzhilfe verwirklicht werden, unabhängig davon, ob sie an einen bestimmten Zweck gebunden ist oder nicht. In diesem Fall ist die personelle Hilfe im Rahmen einer verstärkten Technischen Zusammenarbeit erforderlich, als Ergänzung zur projektspezifischen Förderung des Aufbaus von Institutionen mit Hilfe Finanzieller Kooperation.

Schließlich sollten politische und institutionelle Reformen in Entwicklungsländern sowie ihre Unterstützung von außen im weltweiten Kontext beurteilt werden. Es ist nicht nur unerlässlich, daß im Falle einer an Bedingungen geknüpften Hilfe, die von unterschiedlichen Gebern an ein bestimmtes Land geleistet wird, es ein Minimum an Zusammenarbeit gibt, damit die jeweiligen Ziele nicht miteinander in Konflikt geraten. Es ist auch nicht genug, die Entwicklungsländer nur finanziell zu unterstützen, um ihre ökonomischen Strukturen zu verbessern, sondern die Hilfe von außen kann im Endeffekt nur dann wirksam werden, wenn die Industrieländer zu komplementären Schritten bereit sind, was insbesondere auf eine weitere Öffnung ihrer Märkte für Exporte aus Entwicklungsländern hinausläuft.

Kritische Würdigung

Trotz der hohen Milliarden-Beträge, die gelegentlich in der Presse kritisiert werden, stellt die Entwicklungshilfe für die Empfängerländer meist nur eine marginale Summe dar. Angemessen geplant und eingesetzt, kann sie aber ein nützlicher Baustein für den Aufbau der Wirtschaft sein. Es gibt allerdings gewisse grundlegende Voraussetzungen für eine Entwicklung, die nur von den Ländern selbst geschaffen werden können, und die Hauptlast der Anpassung an die weltwirtschaftlichen Bedingungen muß von jedem Land selbst getragen werden.

In der Berichterstattung über die Entwicklungspolitik verdecken die mißlungenen Projekte die Tatsache, daß die Mehrzahl der Projekte, auch wenn sie nicht alle reibungslos laufen, alles in allem erfolgreich ist. Dieser Erfolg relativiert sich, wenn man das Augenmerk auf die Wirksamkeit für die ursprünglich angepeilten Zielgruppen lenkt. Im bilateralen Kontakt zwischen den Regierungen kommen vorrangig solche Projektabsprachen zustande, die die soziale Hierarchie nicht in Frage stellen und den materiellen Nutzen für die staatstragende Gruppe zumindest nicht negativ berühren. Nicht-staatliche Organisationen arbeiten hier unter günstigeren Voraussetzungen und mit besserem Erfolg.

In bezug auf die „Konzeptionen“ und „Grundlinien“ wird durch additive Auflistung von Unterzielen suggeriert, sie seien nicht nur alle mit dem jeweiligen Finanzvolumen vereinbar, sondern auch untereinander widerspruchsfrei. So enthält der ökonomische Bereich einen eingebauten Zielkonflikt zwischen der vorgeschlagenen Binnenmarktorientierung und der Empfehlung, sich verstärkt in die internationale Arbeitsteilung einzuschalten. In politischer Hinsicht stößt das Credo für die prioritäre Unterstützung unabhängiger und eigenständiger Staaten an Grenzen, wenn — wie in dem von Koalition und Opposition gemeinsam getragenen Entschließungsantrag des Bundestags vom 5. März 1982¹³ gefordert — jene Länder zu bevorzugen seien, die demokratische Strukturen sowie die Menschenrechte verwirklicht haben oder sich zumindest darum bemühen.

Zudem sind Schwerpunkte gut und richtig, wenn sie Ergebnis einer Gewichtung innerhalb eines Zielkatalogs sind. Eine Häufung von Schwerpunkten in sachlicher, sektoraler und geographischer Hinsicht trägt jedoch den Keim des Scheiterns in sich. Es liegt dann der Verdacht nahe, daß „Schwerpunkt“ eher ein sprachmodisches Accessoire denn eine realistische Leitschnur für die Wahl zwischen Alternativen ist. Auch ist der Gedanke nicht völlig von der Hand zu weisen, daß sektorale Schwerpunkte, etwa im Bereich der Technischen Zusammenarbeit, nicht immer ein Spiegel der Bedarfsskala im Empfängerland sind, sondern auch Ausdruck des gewerblichen Angebotspotentials in der Bundesrepublik sein können.

In bezug auf das Hilfevolumen ist schließlich anzumerken, daß auch bei angespannter Haushaltslage nicht die Signalwirkung zu vergessen ist, die nach — zumindest zeitweiligen — Kürzungsaktionen der USA, Frankreichs und Großbritanniens von einem ebensolchen Vorgehen der Bundesrepublik auf andere Länder ausgehen würde, denn sie hätten ihrerseits einen erschwerten innenpolitischen Stand, ihre Programme aufrechtzuerhalten.

ANMERKUNGEN

- 1 W. Ochel, Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft, Bund-Verlag, Köln 1982.
- 2 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland und die Internationale Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade, Bonn 1971 (57 Seiten) und zweite, erweiterte Auflage, Bonn 1973 (75 Seiten).
- 3 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1975 (44 Seiten).
- 4 Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, April 1986 (43 Seiten).
- 5 Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl im Bundestag am 18. März 1987.
- 6 Bericht der „Independent Group on Financial Flows to Developing Countries“, der vom ehemaligen Kanzler im Juli 1989 präsentiert wurde und in dem das 0,7%-Ziel bekräftigt wurde, das durch die automatische Erhöhung in den nationalen Budgets bis 1995 erreicht werden soll; die vor Verfügung stehenden Mittel sollen Ländern zugute kommen, die weniger als 20% ihres BSP für militärische Zwecke aufwenden und wirksame Maßnahmen im Bereich der Familienplanung und des Umweltschutzes ergreifen.
- 7 W. Zehender, Nicht angepaßt — Erfahrungen mit Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank und bilateraler Geber, in: epd-Entwicklungspolitik 13/89, Seite a — h. Der Artikel basiert auf: Strukturanpassung und Geberverhalten: Die Erfahrungen von fünf bilateralen Gebern mit politik-orientierter Programmhilfe, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1989.
- 8 KfW, Bericht über das Geschäftsjahr 1988, Frankfurt/Main 1989, Seite 50.
- 9 OECD, Development Cooperation 1990 („Chairman's Report“), Paris 1990, S. 232.
- 10 Siehe Ochel, op.cit., S. 213 f.
- 11 Auch nach dem 1987 neu eingeführten Berichtssystem scheint der Anteil ungebundener Hilfe (an der gesamten öffentlichen Hilfe) über dem Durchschnitt der erfaßten Länder zu liegen (OECD, Development Cooperation 1988, op.cit, S. 175).
- 12 KfW, Bericht über das Geschäftsjahr 1988, op.cit.
- 13 Gemeinsame Entschließung des Parlaments vom 5. März 1982, eingebracht von der Regierungskoalition und der Opposition, basierend auf einer Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit.

*Siegfried Schultz, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung,
Königin-Luise-Straße 5, DW-1000 Berlin 33*

Hildegard Lingau, Frankreichs Sozialisten: tiersmondistische Theorie und neokoloniale Praxis. Die Entwicklungspolitik der sozialistischen Partei Frankreichs (PS). Programmatischer Anspruch und praktische Ausführung (= Berliner Studien zur Politik in Afrika, Bd. 9), Frankfurt a.M. 1989 (Verlag Peter Lang GmbH).

Die Wahl des Sozialisten François Mitterrand zum Präsidenten der Republik im Mai 1981 hatte nicht nur in der französischen Linken zum Beginn der achtziger Jahre die Hoffnung auf eine völlige Neuorientierung der französischen Entwicklungspolitik keimen lassen. Mit der errungenen Mehrheit in der Nationalversammlung verfügten die französischen Sozialisten 1981 tatsächlich über eine bedeutende Machtbasis und nur Senat und Verfassungsrat konnten mögliche Neuerungen verzögern, nicht aber auf Dauer blockieren.

Der von der PS propagierte „Internationalismus“ wurde zu Recht als konstitutiver Bestandteil ihres traditionellen und aktuellen Selbstverständnisses gesehen. Immerhin waren die Entwicklungspolitik und die Problematik der nachkolonialen Staaten als Hauptthemen der Menschheit apostrophiert worden, womit ein Bruch mit der kolonialen und konservativen französischen Entwicklungspolitik erwartet werden durfte, eine Hoffnung, die vor allem in vielen frankophonen Ländern Afrikas artikuliert wurde. Andererseits bestanden berechtigte Zweifel gerade an der Person Mitterrands selbst, der etwa im Algerienkonflikt 1954 erklärt hatte, daß Algerien integraler Bestandteil Frankreichs war und dies auch bleiben wird. Seine späteren antikolonialen Positionen relativierten diese Zweifel, sodaß am Beginn seiner siebenjährigen Amtszeit eine Aufbruchsstimmung in der antikolonialen Öffentlichkeit Frankreichs durchaus verständlich war. Mit dem Ende der achtziger Jahre zieht die Autorin ein kritisches Resümee: Bereits im Jahr 1982 setzte die Wende ein, die die französische Entwicklungspolitik wieder auf das Niveau und die Intentionen der Zeit vor der Präsidentschaft Mitterrands zurückwarf. Der Grund dafür wird auch im historischen französischen Entwicklungspolitikbegriff gesucht, der sich auch in den Reihen der Sozialisten als Fortsetzung der Kolonialpolitik mit anderen Mitteln definiert. Die Aufrechterhaltung der „historischen Bedingungen“, dürfen auch den französischen Sozialisten als Orientierung dienen, eine Art des republikanischen Messianismus, dominiert von globaler Realpolitik. Nicht berücksichtigt blieb in der vorliegenden Untersuchung bewußt die Problematik der DOM-TOM (Départements Outre-Mer/Territoires d'Outre-Mer), obwohl etwa im Fall Neukaledoniens die offizielle Entwicklungspolitik Frankreichs in den letzten Jahren auf eine harte Probe gestellt wurde. Die Arbeit analysiert die französische Entwicklungspolitik zeitlich eingegrenzt zwischen 1981 und 1986 und die Autorin kommt zu dem Schluß, daß die französischen Sozialisten die Politik der „nationalen Interessen“, gegenüber den ehemaligen Kolonialgebieten kontinuierlich fortgesetzt haben und somit das Scheitern des Tiersmondismus festgestellt werden muß.

Dieter Braunstein, Wien

AUTORENNOTIZEN

George C. ABBOTT,

is Reader in Political Economy at the University of Glasgow, Scotland. He holds degrees from London and Yale and has written extensively on the problems of international indebtedness and the developing countries.

Heidi GROBBAUER,

geb. 1961, Studium der Politikwissenschaft und Publizistik an der Universität Salzburg. Dissertation zum Thema „Das Kurdenproblem. Hindernisse auf dem Weg zu einer Nation,“. Derzeit Bildungsreferentin im Afro-Asiatischen Institut in Wien.

Helen KIMBLE,

Research Associate, Queen Elizabeth House, Oxford University. Formerly Lecturer in Economics at the Universities of Ghana (in the 1950s) and of Dar es Salaam (in the 1960s); Economic Adviser, Foreign and Commonwealth Office, London (in the 1970s). Joint founder-editor of the Penguin African Series, and of the Journal of Modern African Studies. Has travelled widely in Africa, on research, consultancy and lecturing assignments.

René KLAFF,

Studium der Politikwissenschaft, Orientalistik und Geschichte an der Universität Kiel und der Pennsylvania State University. Studien- und Forschungsaufenthalte in Kairo (Ain-Shams-Universität), Damaskus (Goethe-Institut) und Tel Aviv (Moshe Dayan Center for Middle Eastern and African Studies; Jaffee Center for Strategic Studies). Z.Zt. wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Politische Wissenschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Veröffentlichungen: Islam und Demokratie, Frankfurt/M. et al. 1987; Die historischen Hintergründe der irakischen Ansprüche auf Kuwait, in: Verfassung und Recht in Übersee, Nr. 3, 1991 (im Druck).

Wilhelm NÖLLING,

Dr., geb. 1933 in Welmighausen, Kr. Wittgenstein. 1950 — 1953 Ausbildung zum Verwaltungsangestellten im Arbeitsamt Gummersbach; 1953 — 1954 Angestellter im Arbeitsamt Köln, Abteilung Arbeitslosenversicherung; Besuch der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Köln; 1954 — 1956 Studium an der Akademie für Gemeinwirtschaft, Hamburg (Hochschulreife); 1956 — 1959 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg (Dipl.-Volkswirt); 1959 — 1961 Wissenschaftl. Assistent an der Akademie für Gemeinwirtschaft; 1961 — 1964 Studium an der Universität in Kalifornien in Berkeley, Abschluß: Master of Arts in Economics; 1965 — 1966 Wissenschaftlicher Assistent an der Akademie für Wirtschaft und Politik; 1966 Promotion zum Dr. rer. pol.; 1966 — 1969 Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg, Schwerpunkte: Kreislauftheorie,

Eimsbüttel; 1969 — 1974 Mitglied des Deutschen Bundestages; 1971 — 1974 Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung; 1974 — 1976 Gesundheitssenator der Freien und Hansestadt Hamburg; 1976 — 1978 Senator für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg; 1978 — 1982 Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg; seit 1982 Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg; bis 1998 wiederbestellt; Herausgeber der „Hamburger Beiträge zur Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa..

Siegfried SCHULTZ,

geb. 1936, nach Studium der Volkswirtschaftslehre Stipendiat des DAAD und der Fulbright-Kommission in USA (Northwestern University); Redakteur in amerikanischem Verlag. Assistent am Institut für Sozialpolitische Forschung, FU Berlin. Promotion zum Dr. rer. pol., ebenfalls an der FU Berlin. Langjähriger Mitarbeiter des DIW, Abteilung „Westliche Industrieländer und Entwicklungsländer.. Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungspolitik (Hilfe aus westlichen Industrieländern und aus Staatshandelsländern, Sektorstudien, Inspektion von Projekten) sowie Handelspolitik (Protektionismus im Waren- und Dienstleistungshandel) und Verschuldungsproblematik. Forschungs- und Projektreisen nach Asien, Afrika und Lateinamerika; Beratungs- und Evaluierungstätigkeit für die Bundesregierung und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.

Hans Wolfgang SINGER,

born 1910 in Elberfeld, Germany. British subject 1938. Emeritus Professor, University of Sussex; Professorial Fellow, Institute of Development Studies.

Diploma in political science, Bonn University 1931; PhD Cambridge 1936 (dissertation on 'Urban Land Values in England and Wales, 1913 — 1919'); hon doctorate University Nacional del Litoral, Santa Fé, Argentina 1989; hon DLitt (Sussex) 1990. Career with United Nations, P-5, then D-1, then D-2 (full Director), UN Secretariat, New York City, 1947 — 69. This period included directorships of various UN units, e.g. The Economic Division of UNIDO; UNRISD, Geneva; Economic Adviser to many developing countries, e.g. the Government of Brazil, Sudan and Philippines.

Publications date from 1938 (*Men without Work*, Cambridge University Press) to the present time and include many books, contributions to books, and articles on development problems, as well as reports of international organisations. E.g. *Food Aid The Challenge and the Opportunity* by Hans Singer, John Wood, Tony Jennings, Clarendon Press Oxford 1987; two volumes with Soumitra Sharma *Economic Development and World Debt* and *Growth and External Debt Management*, Macmillan 1989; *The United Kingdom — The United Nations* ed Erik Jensen and Thomas Fisher, Macmillan 1990; *Towards Economic Recovery in Sub-Saharan Africa* ed James Pickett and Hans Singer, Routledge 1990; *Rich and Poor Countries* (4 editions) Hans Singer and Javed Ansari, Allen and Unwin.

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN

1. Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Weyrgasse 5, A-1030 Wien.
2. Senden Sie zwei Kopien. Diese werden zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt.
3. Der Beitrag darf den Umfang von 30 Seiten (2zeilig) nicht überschreiten. Darin eingeschlossen sind die Titelseite mit Zusammenfassung, Text, Literaturhinweise, Anmerkungen, Tabellen und Schaubilder.
4. Legen Sie eine kurze Zusammenfassung (ca. 100 Worte) und eine Kurzcharakteristik ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit bei.
5. Auf dem Manuskript sollte Ihr Name nicht angegeben sein.
6. Zitierweise: Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Im Text selbst geben Sie bitte den Namen, das Jahr und bei wörtlichen Zitaten die jeweilige Seite an.
7. Wenn möglich, schicken Sie Ihren Beitrag zusätzlich auf Diskette, wobei das Manuskript mit Microsoft Word V 5.0 oder einem anderen MS-DOS-compatiblen Programm erfaßt sein sollte.

INFORMATIONS FOR CONTRIBUTORS

1. Submit manuscripts to: Austrian Journal of Development Studies, Weyrgasse 5, A-1030 Vienna, Austria.
2. Submit two copies and retain the original for your files. All papers deemed appropriate for the AJDS are sent out anonymously to readers.
3. A full-length article is seldom longer than 30 manuscript pages, including title page, abstract, text, references, footnotes, tables, and figures. Manuscripts must be typed double-spaced.
4. Include a brief abstract (fewer than 100 words) and a short curriculum vitae (not more than 40 words).
5. Delete all identifying references from your manuscript.
6. Reference Format: In the appendix: List all items alphabetically and, within author, by year of publication. In the text: All source references are to be identified at the appropriate point in the text by the last name of the author, year of publication, and pagination where needed.
7. Manuscripts on diskette will reduce the processing time. Compose with a word processor on a PC/MS-DOS computer using, e.g. Microsoft Word 5.0.

CALL FOR MANUSCRIPTS:

Lateinamerika/Latin America 1492 — 1992

Redaktionsschluß/Deadline: November 15, 1991

Editor: Mag. Dr. Andreas Schedler

Ökologie und Entwicklung/Ecology and Development

Redaktionsschluß/Deadline: April 15, 1992

Editor: Univ.-Doz. Dr. Otmar Höll

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien

Druck: HTU-Wirtschaftsbetriebe Ges.m.b.H., A-1040 Wien